



Interviews

25. Mai 2025

Dirk Müller im Gespräch mit Andrea Lindholz, CSU

Dirk Müller: Ist die Gruppierung „Letzte Generation“ eine kriminelle Vereinigung? Kommt diese zusammen, um Straftaten zu begehen? – In Berlin und sechs weiteren Bundesländern durchsuchen die Ermittler die Büros und Wohnungen der „Letzten Generation“, beschlagnahmen Konten und Vermögenswerte, gegen sieben Aktivisten wird konkret ermittelt. Die Betroffenen sind entsetzt, halten das Ganze für eine Kampagne. Der Generalstaatsanwalt in München hingegen sieht einen begründeten Anfangsverdacht. Die Konten der Gruppierung wurden eingefroren. Woher kommt das Geld für die Klimakleber und werden Steuern möglicherweise auch umgangen? Werden Straftaten geplant und ausgeführt?

Am Telefon ist nun die CSU-Politikerin Andrea Lindholz, stellvertretende Vorsitzende der Unions-Fraktion im Deutschen Bundestag. – Einen schönen guten Morgen!

Andrea Lindholz: Ja, guten Morgen.

Müller: Frau Lindholz, sind diese Ermittlungen politisch motiviert?

Lindholz: Das ist ja gestern schon mal behauptet worden. Ich muss ehrlich sagen, das ist vollkommener Blödsinn. Die Staatsanwaltschaft ermittelt nach ihrer Erkenntnislage – das haben Sie gerade deutlich ausgeführt – und dann ist es genau auch Aufgabe des Bundesanwaltes und der Staatsanwaltschaft, auch entsprechende Maßnahmen einzuleiten, und genau das ist hier auch erfolgt. Und das Ergebnis der Ermittlungen, das werden wir dann in aller Ruhe abwarten, aber es liegen ausreichend Anhaltspunkte vor und insofern ist das alles andere als ein Wahlkampfmanöver, sondern es muss uns eher zu denken geben, welche Radikalisierungsstufen diese Gruppierung in der Zwischenzeit annimmt.

Müller: Kein Zufall für Sie, dass das München jetzt ist? Oder doch?

Lindholz: Nein, das ist überhaupt kein Zufall für mich, dass es München ist, sondern die Münchener haben berechtigte Anhaltspunkte gefunden. Es haben Razzien in, ich glaube, sieben Bundesländern stattgefunden und das ist Aufgabe der Staatsanwaltschaft, egal ob wir

in einem Bundesland Wahlen haben oder auch nicht, genauso einem Anfangsverdacht auch nachzugehen.

Müller: Jetzt haben Sie das schon zweimal erwähnt, Wahlen in Bayern, die bevorstehen. In diesem Kontext, sind Sie fest von überzeugt, sagen Sie auch unseren Hörerinnen und Hörern, steht das nicht?

Lindholz: Unser Rechtsstaat agiert nicht und unsere Gerichte agieren nicht, unsere Ermittlungsbehörden agieren nicht nach Wahldaten, sondern die agieren nach der Rechtslage und nach ihrer Erkenntnislage. Darin habe ich auch vollstes Vertrauen und insofern halte ich das für eine sehr durchsichtige und zudem eigentlich auch noch für ein wirklich unmögliches Ablenkungsmanöver.

Müller: Ich möchte Sie trotzdem fragen in dem Bereich. Wir haben das eben in der Pressechau gehört. Da hat es auch sehr viele kritische Stimmen gegeben, verschiedene Tageszeitungen in Deutschland, die das anders sehen als Sie. „Mit Kanonen auf Spatzen geschossen“ ist da ein Kommentar. Nachvollziehbar?

Lindholz: Was ich wirklich sehr bedauere ist das berechnete Anliegen des Klimaschutzes und viele Bürgerinnen und Bürger, die sich für Klimaschutz engagieren, auch Schülerinnen und Schüler, die sich auch in dieser Organisation hier ein Stück weit engagieren, und auch Organisationen, die dort Geld spenden, dass dieses eigentliche Anliegen des Klimaschutzes von dieser Protestbewegung wirklich komplett konterkariert wird und dem eigentlichen Klimaschutz überhaupt kein Nutzen mehr zugefügt wird. Wir sehen, dass die „Letzte Generation“ zielgerichtet durch bestimmte Personen, die genau dafür auch bezahlt werden für das, was sie da tun, nachhaltig in den letzten Monaten immer wieder Straftaten begeht und zu Straftaten aufruft, und das ist keine harmlose Gruppierung mehr, die hier für den Klimaschutz auf die Straße geht, sondern die rufen auch auf ihrer Homepage – und deswegen ist die auch unter anderem vom Netz genommen worden – zu Straftaten auf, und das geht nicht. So kann man in Deutschland keine Politik machen und so kann man auch nicht berechnete Ziele durchsetzen. Auf friedlichem Weg ja, aber so nein.

Müller: Hören wir mal Carla Rochel an im Deutschlandfunk-Interview, Sprecherin der „Letzten Generation“, zu genau dieser Frage: Wie weit geht die „Letzte Generation“?

O-Ton Carla Rochel: „Wir haben uns entschlossen, friedlich Protest zu leisten, und dieser Protest wird immer größer. Aber diese Friedlichkeit ist die rote Linie und die werden wir immer wahren.“

Müller: Sagt Carla Rochel. – Ist für Sie die Grenze überschritten?

Lindholz: Die ist nicht nur für mich, glaube ich, überschritten, sondern für viele Bürgerinnen und Bürger in diesem Land, und es passiert überhaupt nicht, dass die „Letzte Generation“ friedlich mit angemeldeten Protesten auf die Straße geht, sondern es gibt Teile der „Letzten Generation“, die sich radikalisiert haben, und ich sehe auch eigentlich eine immer weitergehende Radikalisierung dieser Gruppe. Wir haben erlebt, dass man hier gefährliche Eingriffe in den Luftfahrtverkehr in Berlin vorgenommen hat, um nur das Beispiel Flughafen zu nennen. Wir sehen, dass Rettungskräfte beim Einsatz behindert werden. Wir sehen, dass Klimaaktivisten, die verurteilt worden sind, gleich wieder sagen, wir gehen als nächstes wieder auf die Straße und begehen wieder Straftaten. Wir sehen, dass Kunstwerke beschädigt werden. Hier wird nicht mit friedlichen und legitimen Mitteln für den Klimaschutz protestiert, sondern hier werden nachhaltige Straftaten begangen. Und die „Letzte Generation“ lässt auch im Übrigen noch nicht mal Nachfragen der Presse zu. Was für ein Demokratieverständnis hat diese „Letzte Generation“ eigentlich? Sie versuchen, an unseren Instrumentarien vorbei mit Druck und Ultimaten ihre Position durchzusetzen. Das hat mit demokratischem Verständnis für unser Land nichts mehr zu tun.

Müller: Weil die „Letzte Generation“, so wird jedenfalls argumentiert, dahingehend verzweifelt ist, dass sie sieht, ist jedenfalls die These, in der Politik gibt es nicht genügend Bewegung – wir sehen das teilweise auch jetzt in der Koalition, wie schwierig das ist -, um das Thema Klimaschutz voranzutreiben, um das in den Griff zu bekommen, um das zur absoluten Priorität machen zu können beziehungsweise auf die Agenda zu setzen in der politischen Auseinandersetzung. Warum braucht die Politik so lange?

Lindholz: Zunächst mal: Wenn jeder, der ein berechtigtes Anliegen hat, das zum alleinigen Anliegen erklärt und mit solchen Protesten auf die Straße geht, dann würden wir aber in unserem Land im Chaos versinken. Das will ich mal an der Stelle festhalten.

Natürlich ist der Klimaschutz eine der großen Herausforderungen, aber es ist ja auch nicht wahr, dass die Politik nichts macht. Aber in der Geschwindigkeit, in der die „Letzte Generation“ sich hier möglicherweise Maßnahmen vorstellt, die die „Letzte Generation“ für richtig hält, das funktioniert in einem demokratischen Prozess nicht so. Aber diese Bundesregierung ist genauso wie die Vorgängerregierung aktiv damit nicht nur beschäftigt, damit beschäftigt,

auch Maßnahmen für den Klimaschutz zu ergreifen. Wir sind eigentlich aus der Kohle ausgestiegen, die jetzige Bundesregierung fährt die Kohleverstromung wieder hoch. Wir sind aus der Atomenergie ausgestiegen. Wir haben in der letzten Wahlperiode auch ein Gesetz verabschiedet für die Gebäudesanierung. Wenn wir auch unseren Kfz-Verkehr anschauen und dann gucken, was wir früher für einen Schadstoffausstoß hatten und heute, dann ist es wirklich nicht korrekt zu sagen, es würde nichts gemacht.

Müller: Aber es ist ein Argument für die „Letzte Generation“, was Sie jetzt gebracht haben. Sie haben gesagt, das und das haben wir angestoßen und die Koalition rudert da zurück.

Lindholz: Es geht gar nicht darum. Ich sage ja, das Ziel des Klimaschutzes ist berechtigt. Aber nicht mit der Brechstange und nicht mit der Begehung von Straftaten, nicht mit der Radikalisierung. Oder die Finanzierung der „Letzten Generation“. Ich hoffe, dass man die Finanzströme mal aufdeckt, wo das ganze Geld herkommt, das benötigt wird, um relativ viele Aktivisten auch für das, was sie tun, zu bezahlen.

Müller: Kleben auf der Straße ist für Sie schon zu viel?

Lindholz: Ich kann mich auf die Straße setzen. Aber wenn ich auf der Straße klebe und damit verhindere, dass ein Rettungswagen rechtzeitig zum Einsatz kommt, dann ist für mich definitiv Kleben zu viel.

Müller: Die Klimakleber sagen, wir lassen Rettungswagen immer durch.

Lindholz: Ist ja falsch! Haben wir ja in Berlin gesehen. Es ist ja verkehrt! Es werden ja auch Rettungsgassen blockiert. Das alles haben wir ja schon erlebt.

Müller: Es wurde ja hinterher der Vorwurf aufgehoben, dass das Konsequenzen gehabt hätte, dass die Klimakleber dafür verantwortlich waren.

Lindholz: Sie sprechen den Tod der Radfahrerin an.

Müller: Das ist der Punkt, ja.

Lindholz: Die Betroffenen und Angehörigen, die werden keine letzte Gewissheit haben, was wirklich zum Tod geführt hat. Vielleicht war es tatsächlich nicht so, dass der Tod nicht unmittelbar kausal mit den Klimaklebern zusammenhing. Nur Fakt ist, sie haben die Rettungskräfte behindert, und ich finde, es ist nicht in Ordnung, dass man auch nur möglicherweise ein Menschenleben dadurch gefährdet, dass man sich auf der Straße festklebt und diese Person am Ende nicht rechtzeitig gerettet werden kann. Da sollte man jeden Zweifel ausräumen und deswegen ist die Bildung von Rettungsgassen und die jederzeitige Möglichkeit, die Straße freimachen zu können, elementar. Das gilt für die Autobahnen und das gilt für die Innenstädte und ich glaube, keiner von uns möchte erleben, dass die Rettung zu spät kommt, weil Menschen sich auf der Straße festgeklebt haben.

Müller: Haben Sie Dialog gesucht, gefunden mit Vertreterinnen und Vertretern der „Letzten Generation“?

Lindholz: Mit Vertreterinnen und Vertretern der „Letzten Generation“ habe ich noch keinen Dialog gesucht. Bei mir hat sich auch noch kein Vertreter der „Letzten Generation“ gemeldet. Ich bin im Austausch mit anderen Menschen, die sich auch aktiv um den Klimaschutz bemühen, aber auf friedlichem Weg. Und ich muss Ihnen ehrlich sagen: Die Proteste, so wie sie von der „Letzten Generation“ vorgenommen werden, die lehne ich ab und ich sehe da auch relativ wenig Dialogmöglichkeiten. Man hat das ja auch gesehen, als die Klimakleber versucht haben, mit Verkehrsminister Wissing Kontakt aufzusuchen. Ich glaube, der musste hinterher auch feststellen, dass das relativ wenig Erfolg hat. Und Sie selber in der Presse, Sie müssten es ja auch feststellen, weil Sie bekommen ja noch nicht mal die Fragen, die Sie eigentlich haben, von den Klimaklebern in der Pressekonferenz beantwortet, weil sie keine Fragen zulassen.

Müller: Noch ein Punkt. Sie sind Innen- und Rechtsexpertin. Sie kennen sich sehr gut aus. Der Vorwurf „kriminelle Vereinigung“, würden Sie jetzt als Politikerin heute Morgen so weit gehen, dass das stimmt?

Lindholz: Ich bin nicht in der Lage, heute Morgen zu sagen, ob die Klimakleber eine kriminelle Vereinigung sind, weil ich nicht die Erkenntnislage habe, die die Staatsanwaltschaft hat, und genau das wird jetzt geprüft. Die kriminelle Vereinigung ist klar definiert. Die besteht unter anderem in dem Zweck, sich zusammenzuschließen, um nachhaltig Straftaten zu begehen. Das überlasse ich jetzt den ermittelnden Behörden. Aber es ist gut und es ist richtig, dass man da genau hinschaut, ebenso wie der Verfassungsschutz schon im März gesagt

hat, dass er auch diese Bewegung genau beobachten wird, ob sie noch weitere extremistische Tendenzen an den Tag legen. Und genauso ist es auch richtig, auch eine solche Bewegung muss mit allen rechtsstaatlichen Mitteln beobachtet beziehungsweise betrachtet und auch entsprechende Ermittlungen müssen erfolgen, wenn es Anhaltspunkte dafür gibt. Da darf es keinen Schutz geben. Auch wenn sich die „Letzte Generation“ selbst den Klimaschutz oben drüberschreibt, rechtfertigt der Klimaschutz nicht den Einsatz aller Mittel.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.